



**Juni 2011**

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und drei Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Untersuchungsanlage</b> .....	<b>1</b>
<b>Analyse</b> .....	<b>3</b>
Zusammenfassung.....	4
EHEC-Infektionen: Gelassenheit überwiegt .....	5
Vorsicht dominiert Essgewohnheiten und Verhalten der Bundesbürger.....	7
Beurteilung des Krisenmanagements überwiegend positiv, Informationspolitik trifft auf ein gespaltenes Urteil .....	8
Atomausstieg: Schnelle Entscheidung ist richtig .....	10
Sorge vor Wahlniederlagen ist Grund für Kurswechsel in der Atompolitik.....	12
Hohe Akzeptanz für neue Stromleitungen – aber Ablehnung eines atomaren Endlagers in der Region.....	13
Weiterhin Beunruhigung über die Verhältnisse in Deutschland.....	14
Regierungszufriedenheit: Schwarz-Gelb profitiert nicht von guter Wirtschaftsentwicklung.....	15
Politikerzufriedenheit: Steinmeier und Schäuble führen Rangliste an .....	16
Sonntagsfrage: Grüne auf Rekordhoch, Union verliert leicht .....	18

## **Untersuchungsanlage**

## ARD - DeutschlandTREND Juni 2011

### Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und drei Tageszeitungen

#### Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Autor:	Jörg Schönenborn (WDR) ☎ 0221 / 220 - 1800	
Redakteur WDR:	Ingmar Cario (WDR) ☎ 0221 / 220 - 1800	
Wissenschaftliche Betreuung/Durchführung:	Heiko Gothe (Infratest dimap) ☎ 030 / 533 22 - 116	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.007 Befragte Sonntagsfrage: 1.507 Befragte Frage zur "Qualität von Lebensmitteln": 505 Befragte Frage zur "EHEC-Informationspolitik": 502 Befragte	
Erhebungszeitraum:	06. bis 07. Juni 2011 Sonntagsfrage: 06. bis 08. Juni 2011 Frage zur "Qualität von Lebensmitteln": 06. Juni Frage zur "EHEC-Informationspolitik": 07. Juni	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte 1,9* bis 4,4** Prozentpunkte bei 500 Befragten * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer	☎ 030/533 22 - 113
	Reinhard Schlinkert	☎ 0228/329 69 - 3

Berlin, Juni 2011  
67.10.119310

## Analyse

## Zusammenfassung

Seit etwas mehr als einem Monat kommt es vor allem in Norddeutschland zu zahlreichen EHEC-Erkrankungen, die inzwischen auch einige Todesopfer gefordert haben. Obwohl die Quelle für den EHEC-Erreger bis heute nicht gefunden ist, reagieren die Bundesbürger überwiegend gelassen. Gut zwei Drittel machen sich wegen EHEC nur geringe bzw. keine Sorgen um ihre Gesundheit. Auch das Vertrauen in die Qualität der Lebensmittel ist trotz der EHEC-Krise ungebrochen. Ähnlich wie im Januar beurteilt eine große Mehrheit (76 Prozent, -4) die Qualität der Lebensmittel als sehr gut oder gut. Dennoch hat eine Mehrheit der Bundesbürger ihr Verhalten angesichts der zahlreichen EHEC-Infektionen umgestellt. Knapp zwei Drittel achten derzeit auf besondere Hygiene, etwa die Hälfte verzichtet auf rohe Tomaten, Gurken, Blattsalat und Sprossen. Das Krisenmanagement bei der EHEC-Epidemie findet eine überwiegend positive Resonanz, Positive und negative Bewertungen der Informationspolitik von Gesundheitsbehörden und Politik halten sich die Waage.

Die Bundesregierung und die Länder haben in der letzten Woche entschieden, in den nächsten 10 Jahren alle Atomkraftwerke schrittweise abzuschalten. Diese schnelle Entscheidung wird von einer Mehrheit (54 Prozent) der Bevölkerung begrüßt. Das Jahr 2022 halten 44 Prozent der Deutschen für den richtigen Zeitpunkt, ein Drittel hätte sich einen früheren Ausstieg gewünscht. Ein Fünftel hält dies für zu früh. Die Kehrtwende von Union und FDP in der Energiepolitik ist nach Meinung von 57 Prozent der Bürger vor allem der Sorge vor möglichen Wahlniederlagen geschuldet. Lediglich ein Viertel (27 Prozent) glaubt, dass – wie von der Bundesregierung dargelegt - Zweifel an der Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke Grund für den Ausstiegsbeschluss sind.

Knapp drei Viertel der Bürger (71 Prozent) sind nach eigener Aussage bereit, neue Hochspannungsleitungen und Windparks in ihrer Nachbarschaft in Kauf zu nehmen, wenn dadurch ein schneller Atomausstieg realisiert werden kann. Darüber hinaus sind zwei Drittel (65 Prozent) willens, für atomenergiefreien Strom höhere Preise zu bezahlen. Sehr ablehnend äußern sich die Deutschen allerdings zu einem atomaren Endlager (82 Prozent) in ihrer Region. In punkto Versorgungssicherheit macht sich die große Mehrheit der Deutschen (63 Prozent) keine Sorgen.

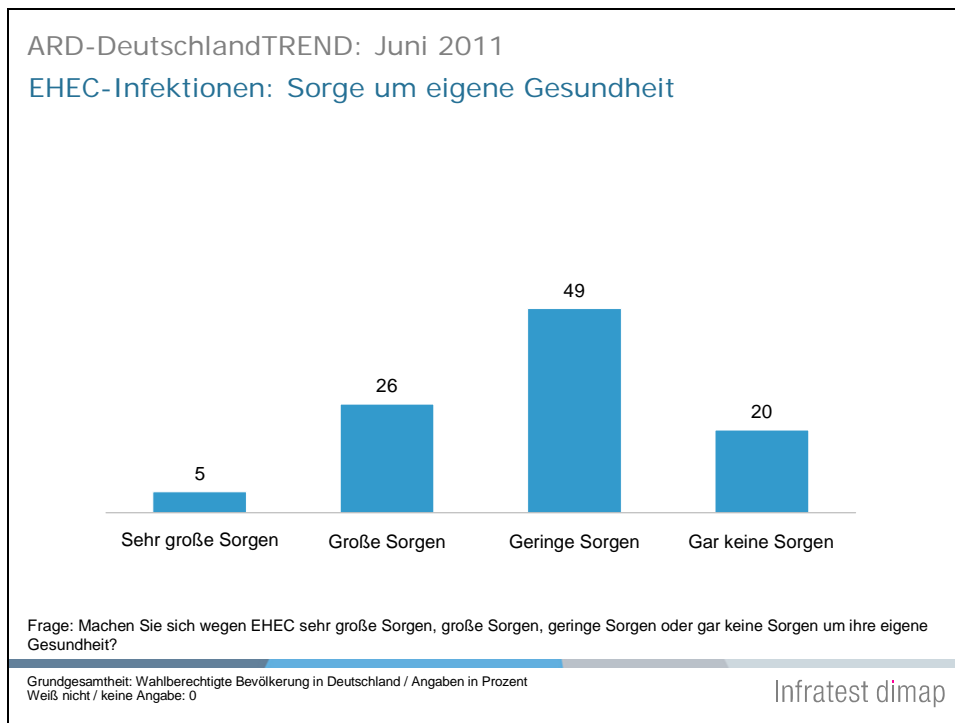
Das Ansehen der Regierung Merkel profitiert nicht vom positiven Wirtschaftsumfeld und den sinkenden Arbeitslosenzahlen. Sie wird weiterhin von einer deutlichen Mehrheit kritisch bewertet. In der aktuellen politischen Stimmung verliert die Union 2 Punkte im Vergleich zum Vormonat und käme aktuell auf 33 Prozent. Ihr Koalitionspartner FDP kann sich gegenüber Anfang Mai um 1 Punkt verbessern und läge bei 5 Prozent. Die Grünen können einen Punkt zulegen und erreichen mit 24 Prozent einen neuen Rekordwert im DeutschlandTREND. Die Linke würde derzeit einen Stimmenanteil von 8 Prozent (+1) erzielen, während die SPD leicht verliert (25 Prozent, -1) und nur noch einen Punkt vor den Grünen liegt.

Die Beliebtheitskala wird im Juni von einem Sozialdemokraten angeführt: Frank-Walter Steinmeier wird von 55 Prozent der Bevölkerung für seine politische Arbeit gelobt und bekleidet damit wieder wie im April Platz Eins. Nahezu gleichauf liegt Finanzminister Wolfgang Schäuble mit unverändert 54 Prozent Zustimmung, gefolgt von Verteidigungsminister Thomas de Maizière mit 53 Prozent und Peer Steinbrück mit 52 Prozent. Angela Merkel verliert im Vergleich zum Vormonat leicht: die Hälfte der Deutschen (50 Prozent, -2) äußert sich im Juni positiv zu ihrer politischen Arbeit.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND im Juni, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von drei Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 06. bis 08. Juni 1.007, für die Sonntagsfrage 1.507 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

## EHEC-Infektionen: Gelassenheit überwiegt

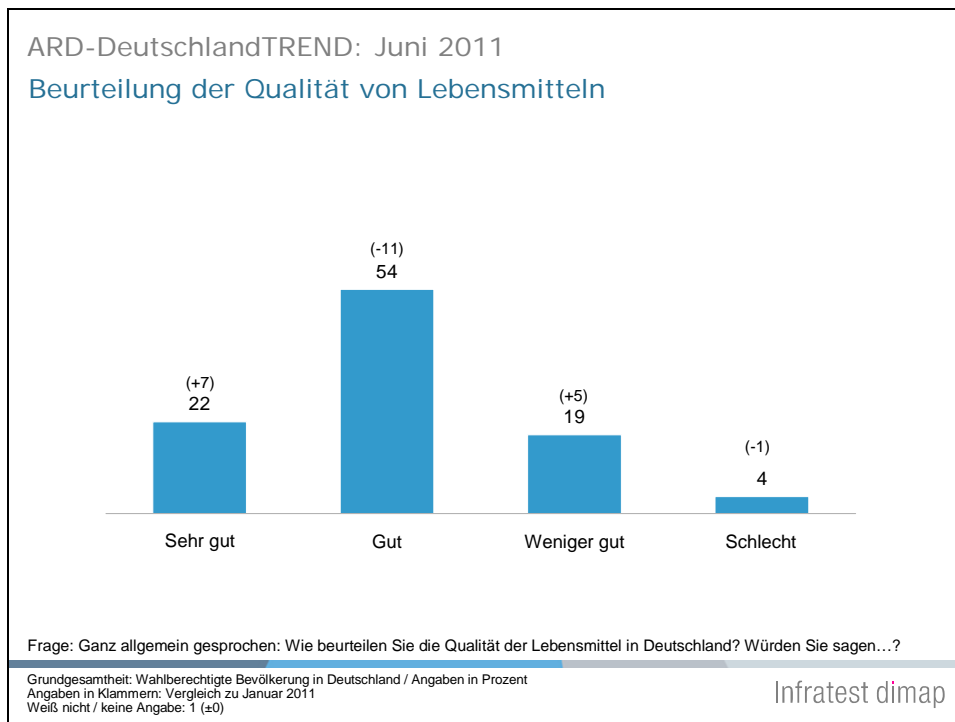
Seit etwas mehr als einem Monat kommt es vor allem in Norddeutschland zu zahlreichen EHEC-Erkrankungen, die inzwischen auch einige Todesopfer gefordert haben. Obwohl die Quelle für den EHEC-Erreger bis heute nicht gefunden ist, reagieren die Bundesbürger überwiegend gelassen. Gut zwei Drittel machen sich wegen EHEC nur geringe (49 Prozent) oder keine Sorgen (20 Prozent) um ihre Gesundheit. Bei knapp einem Drittel überwiegen sehr große (5 Prozent) oder große Bedenken (26 Prozent).



Unter Frauen, die von der Erkrankung bisher häufiger als Männer betroffen sind, ist die Sorge um die eigene Gesundheit etwas höher: Etwa ein Drittel der Frauen (34 Prozent) macht sich sehr große oder große Sorgen, nur ein Viertel der Männer reagiert ähnlich besorgt (26 Prozent).



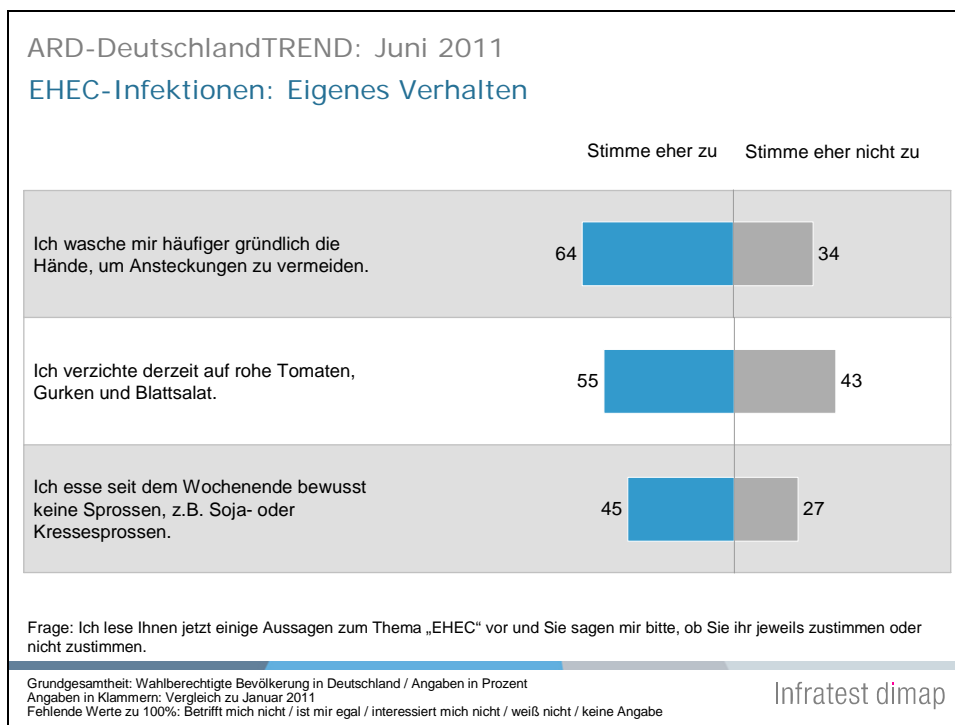
Das Vertrauen in die Qualität der Lebensmittel in Deutschland ist trotz der EHEC-Krise ungebrochen hoch. Ähnlich wie im Januar beurteilt eine große Mehrheit (76 Prozent, -4) die Qualität der Lebensmittel als sehr gut (22 Prozent) oder gut (54 Prozent). Knapp ein Viertel (23 Prozent) kommt zu einem kritischen Urteil. Auch hier sind die von der Krankheit besonders betroffenen Frauen deutlich skeptischer als die Männer: Zwar vertraut auch eine große Mehrheit der weiblichen Bevölkerung in die Qualität der Lebensmittel (70 Prozent), doch sind dies deutlich weniger als bei den Männern (83 Prozent). Im Januar kamen Frauen und Männer hier noch zu einer vergleichbar positiven Einschätzung (80:79 Prozent).



Trotz des insgesamt hohen Vertrauens in die Lebensmittelqualität in Deutschland sind 56 Prozent der Ansicht, dass man sich angesichts der teilweise niedrigen Lebensmittelpreise über Verunreinigungen nicht wundern sollte.

## Vorsicht dominiert Essgewohnheiten und Verhalten der Bundesbürger

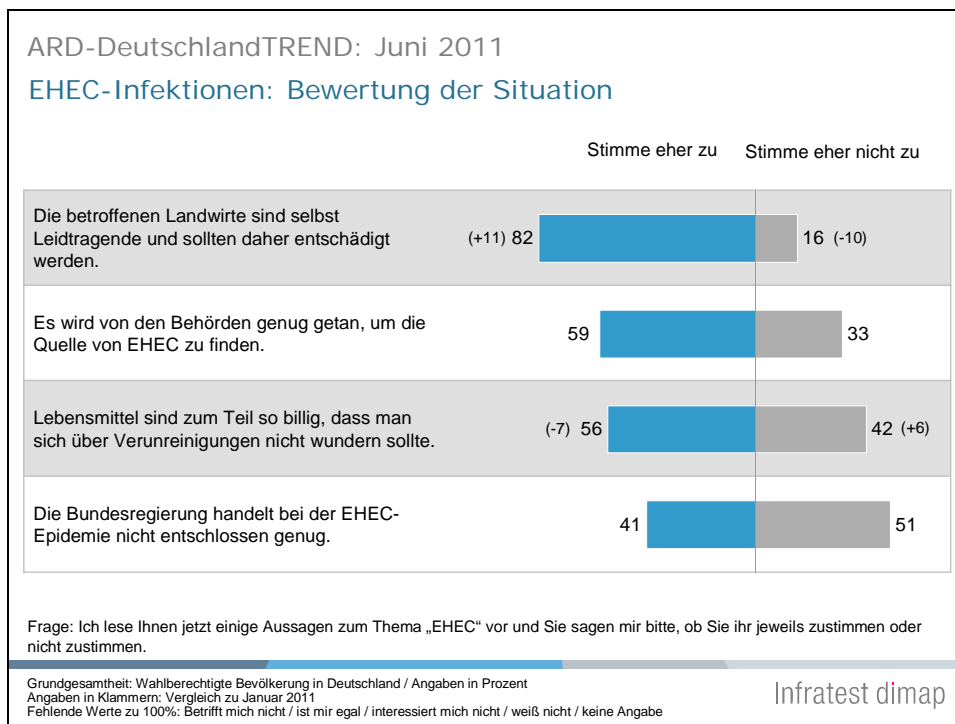
Angesichts der zahlreichen EHEC-Infektionen hat eine Mehrheit der Bundesbürger ihr Verhalten und ihre Essgewohnheiten umgestellt. Knapp zwei Drittel der Bevölkerung (64 Prozent) achten derzeit auf besondere Hygiene durch häufiges Händewaschen, um eine Ansteckung zu vermeiden. Gut die Hälfte (55 Prozent) verzichtet momentan auf rohe Tomaten, Gurken und Blattsalat, 45 Prozent essen darüber hinaus bewusst keine Sprossen, z.B. Soja- oder Kressesprossen.



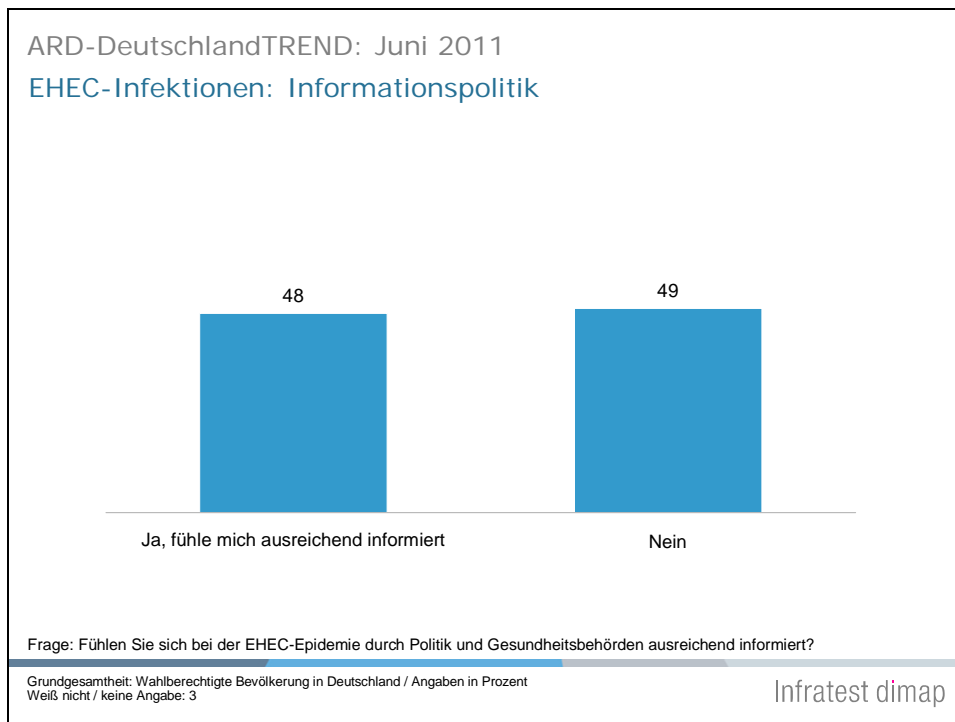
Wiederum ist die Verhaltensänderung bei Frauen deutlicher ausgeprägt: sie achten im Vergleich zu den Männern in besonderem Maße auf häufiges Händewaschen (68:59), verzichten vermehrt auf rohes Gemüse (62:48) sowie Sprossen (50:39).

## Beurteilung des Krisenmanagements überwiegend positiv, Informationspolitik trifft auf ein gespaltenes Urteil

Das Krisenmanagement von Regierung und Behörden bei der EHEC-Epidemie findet eine überwiegend positive Resonanz in der Bevölkerung: Immerhin 59 Prozent sind der Meinung, dass die Behörden genug tun, um die Quelle der EHEC-Erkrankungen zu finden. Und etwa die Hälfte der Bundesbürger (51 Prozent) hält den Vorwurf mangelnder Entschlossenheit der Bundesregierung nicht für gerechtfertigt.



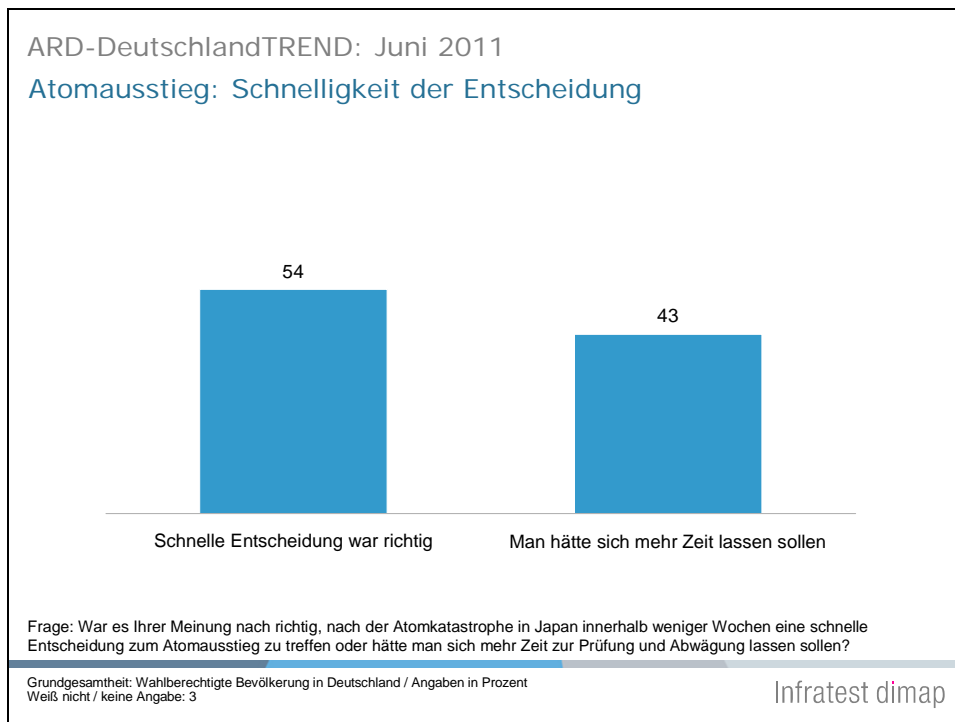
Auch die derzeit um finanzielle Entschädigung kämpfenden Landwirte haben Rückhalt in der Bevölkerung: 82 Prozent sind der Auffassung, dass die betroffenen Gemüsebauern selbst Leidtragende sind und Unterstützung bekommen sollten.



Positive und negative Bewertungen der Informationspolitik von Gesundheitsbehörden und Politik halten sich die Waage: knapp die Hälfte (48 Prozent) der Bevölkerung fühlt sich ausreichend informiert, etwa ebenso viele (49 Prozent) empfinden den Informationsfluss jedoch als unzureichend.

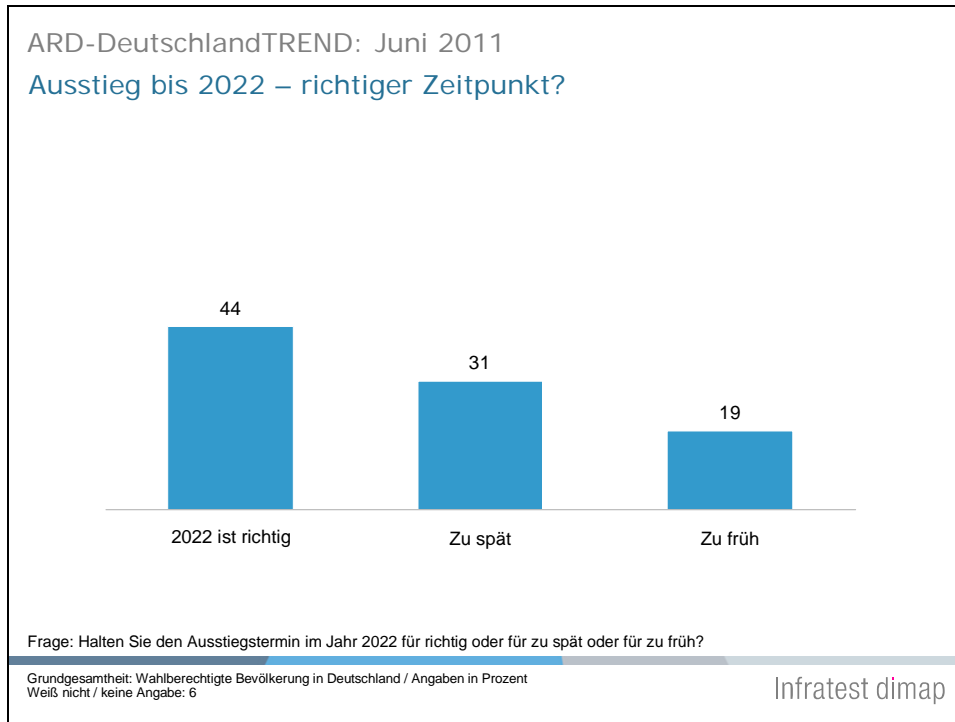
## Atomausstieg: Schnelle Entscheidung ist richtig

Die Bundesregierung und die Länderregierungen haben sich in der letzten Woche geeinigt, in den nächsten 10 Jahren alle Atomkraftwerke schrittweise abzuschalten und Anfang der Woche hat das Bundeskabinett entsprechende Gesetze auf den Weg gebracht. Das letzte AKW geht nach diesem Beschluss im Jahr 2022 vom Netz. Diese schnelle Entscheidung wird von einer Mehrheit (54 Prozent) der Bevölkerung begrüßt. Gut vier von zehn Bürgern (43 Prozent) hätten es hingegen lieber gesehen, wenn man sich mehr Zeit zur Prüfung und Abwägung gelassen hätte.



Die letztgenannte Position wird in der Anhängerschaft der Union mehrheitlich vertreten, die Anhänger der FDP sind in dieser Frage geteilter Meinung. In den Lagern der Oppositionsparteien wird die schnelle Entscheidung für den Atomausstieg überwiegend als richtig erachtet.

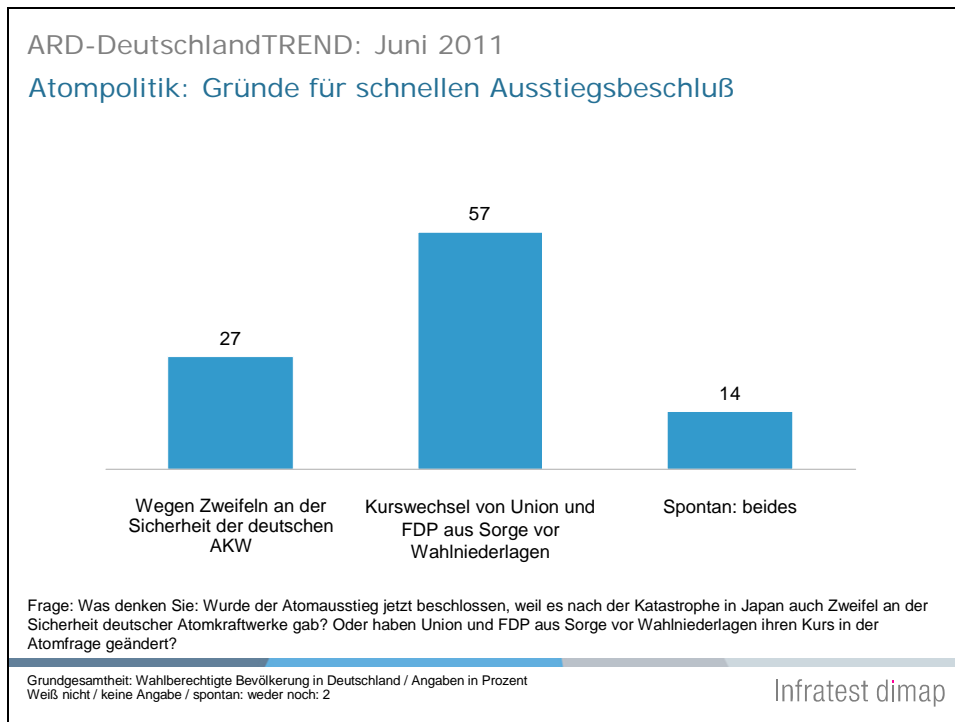
Das Jahr 2022 halten 44 Prozent der Deutschen für den richtigen Zeitpunkt, um den letzten Atommeiler herunterzufahren. Ein Drittel (31 Prozent) hätte sich einen früheren Ausstieg gewünscht. Immerhin ein Fünftel der Bevölkerung (19 Prozent) glaubt, der Zeitpunkt 2022 sei zu früh gewählt.



In den Anhängerschaften der Bundestagsparteien wird die Frage nach dem richtigen Datum unterschiedlich gesehen. Die Wähler von Union, FDP und SPD halten das Jahr 2022 mehrheitlich für angemessen. Jeder zweite Grünen-Anhänger (48 Prozent) findet den Ausstiegstermin richtig, doch immerhin hätten 42 Prozent von ihnen einen früheren Ausstieg begrüßt. In den Reihen der Linken hält eine Mehrheit (56 Prozent) diesen Zeitpunkt für zu spät.

## Sorge vor Wahlniederlagen ist Grund für Kurswechsel in der Atompolitik

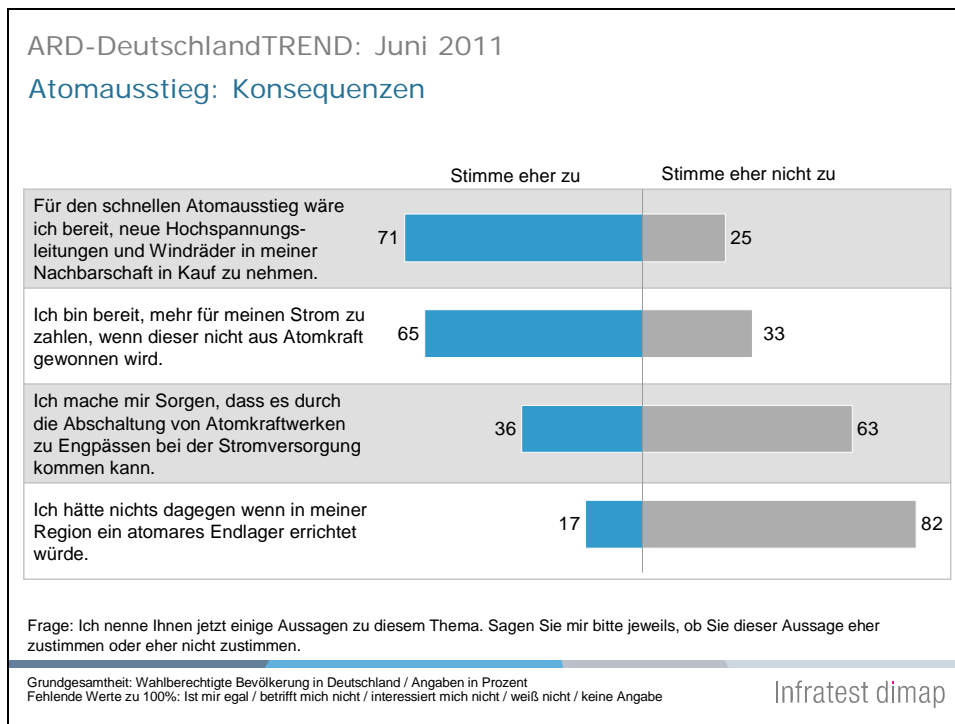
Die Kehrtwende von Union und FDP in der Energiepolitik ist nach Meinung von 57 Prozent der Bevölkerung vor allem der Sorge vor möglichen Wahlniederlagen geschuldet. Lediglich ein Viertel (27 Prozent) glaubt, die Katastrophe in Japan habe so große Zweifel an der Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke ausgelöst, dass es zu dem Ausstiegsbeschluss gekommen ist.



Auch in den Anhängerschaften der Regierungsparteien vermuten zumindest relative Mehrheiten, drohende Verluste bei bevorstehenden Wahlen seien der Auslöser für die Neuorientierung bei der Energiepolitik gewesen.

## Hohe Akzeptanz für neue Stromleitungen – aber Ablehnung eines atomaren Endlagers in der Region

Im Zuge des Atomausstiegs ist vermutlich ein massiver Ausbau erneuerbarer Energiequellen, wie z.B. durch Windparks, und die Erhöhung von Leitungskapazitäten notwendig. Häufig führte dies in der Vergangenheit zu Protesten der vor Ort betroffenen Bürger. Vor dem aktuellen Hintergrund ist die Akzeptanz der Bevölkerung jedoch sehr groß. Knapp drei Viertel der Bürger (71 Prozent) sind nach eigener Aussage bereit, neue Hochspannungsleitungen und Windparks in ihrer Nachbarschaft in Kauf zu nehmen, wenn dadurch ein schneller Atomausstieg realisiert werden kann. Lediglich ein Viertel (25 Prozent) lehnt dies ab. Darüber hinaus sind zwei Drittel (65 Prozent) willens, für atomenergiefreien Strom höhere Preise zu bezahlen. In punkto Versorgungssicherheit ist die große Mehrheit der Deutschen recht gelassen: 63 Prozent machen sich keine Sorgen, dass die Abschaltung der Atomkraftwerke zu Stromengpässen führen könnte.

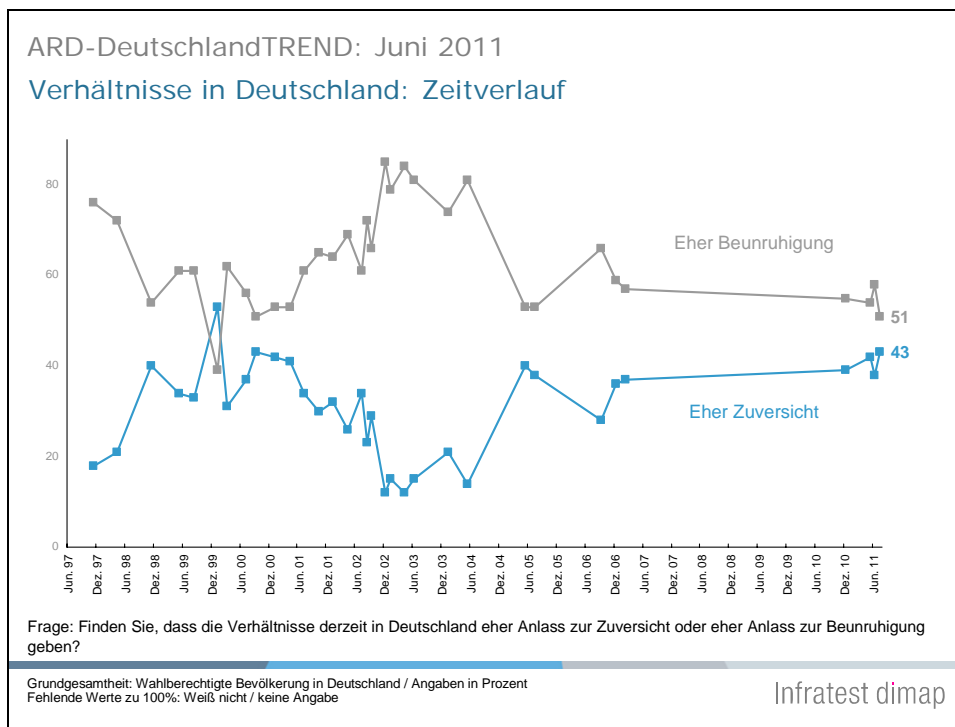


Sehr ablehnend äußern sich die Deutschen allerdings zu einem atomaren Endlager: 82 Prozent sprechen sich gegen die Lagerung des Atom Mülls in ihrer Region aus.



## Weiterhin Beunruhigung über die Verhältnisse in Deutschland

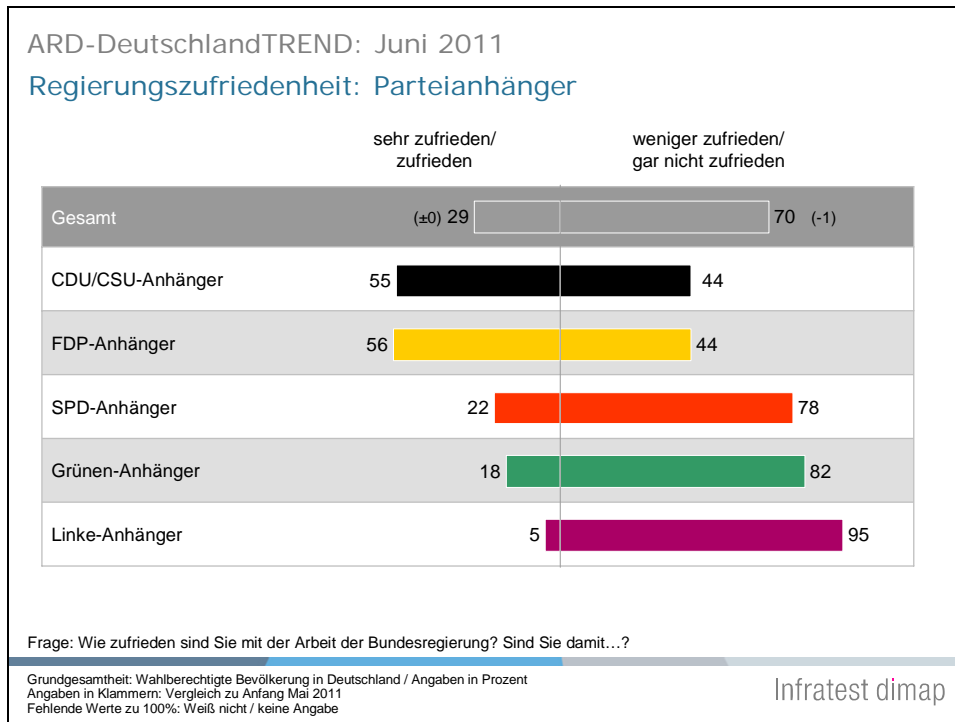
Die Grundstimmung in Deutschland ist trotz anhaltend positiver Wirtschaftsdaten nach wie vor verhalten pessimistisch. Ähnlich wie im Mai sorgen die aktuellen Verhältnisse bei jedem Zweiten (51 Prozent) eher für Beunruhigung, bei 43 Prozent überwiegt hingegen die Zuversicht.



Überdurchschnittlich optimistisch sind Jüngere bis 24 Jahre sowie Bürger mit hoher Bildung oder höherem Einkommen.

## Regierungszufriedenheit: Schwarz-Gelb profitiert nicht von guter Wirtschaftsentwicklung

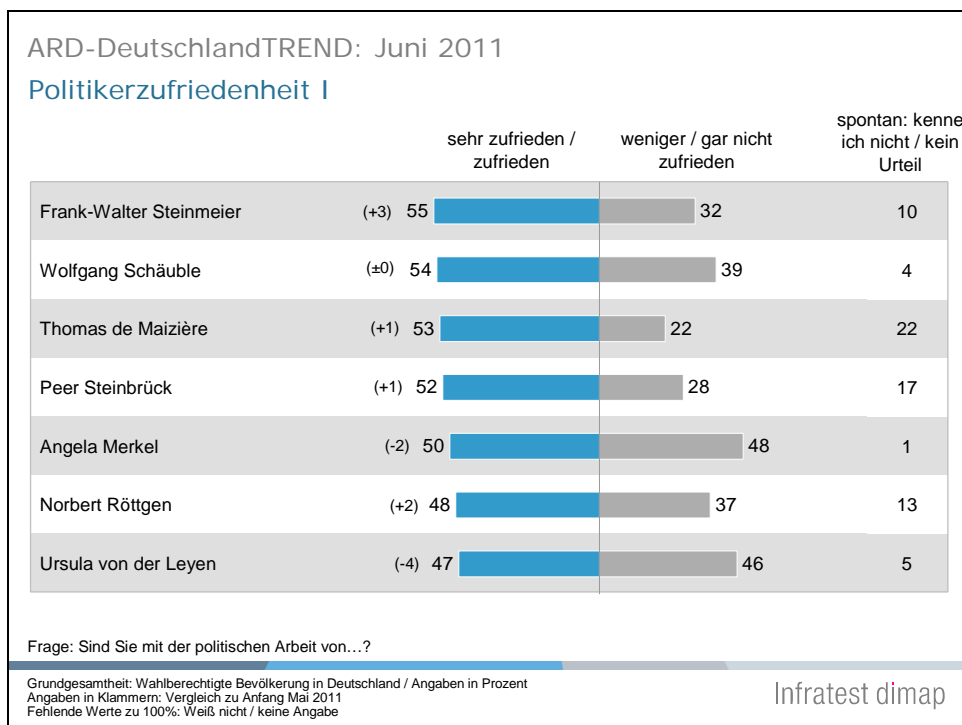
Auch das Ansehen der Regierung Merkel profitiert nicht vom positiven Wirtschaftsumfeld und den sinkenden Arbeitslosenzahlen. Sie wird weiterhin von einer Mehrheit kritisch bewertet: Sieben von zehn Deutschen sind mit dem Kabinett weniger (54 Prozent) oder gar nicht (16 Prozent) zufrieden. Lediglich 29 Prozent äußern sich mehr oder minder wohlwollend über Schwarz-Gelb.



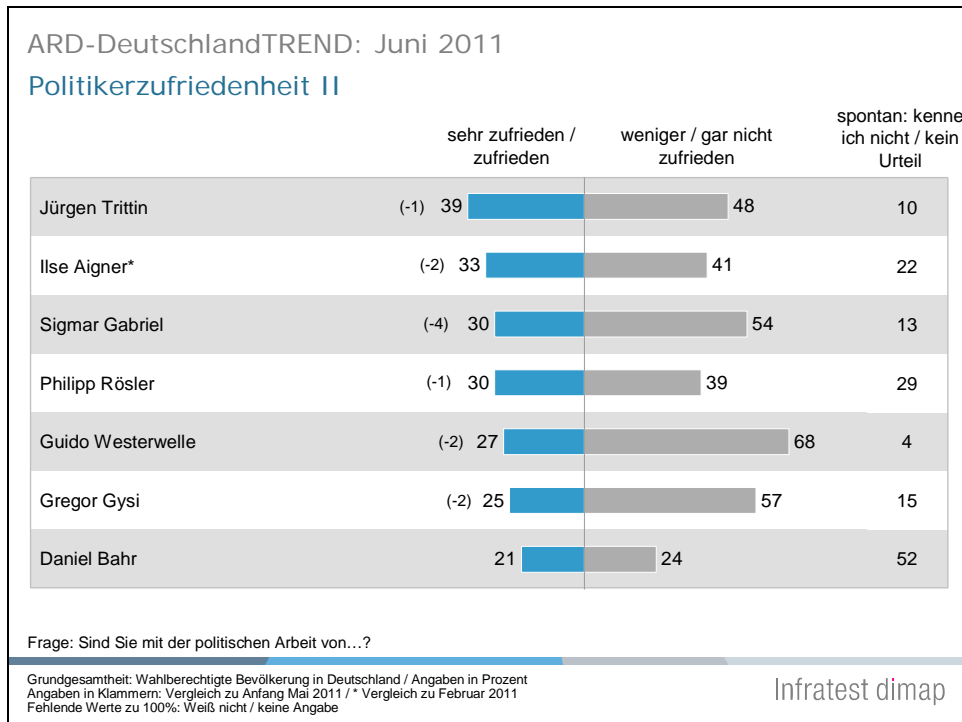
Überwiegend auf Zustimmung stößt die Politik der Bundesregierung in der eigenen Anhängerschaft. Im Lager der Oppositionsparteien wird das Berliner Kabinett ähnlich kritisch wie im Mai beurteilt.

## Politikerzufriedenheit: Steinmeier und Schäuble führen Rangliste an

Die Beliebtheitskala wird im Juni von einem Sozialdemokraten angeführt, wie zuletzt im April dieses Jahres. Frank-Walter Steinmeier wird von 55 Prozent (+3 Punkte im Vergleich zum Vormonat) der Bevölkerung für seine politische Arbeit gelobt und bekleidet damit wieder Platz Eins. Nahezu gleichauf mit Steinmeier liegt Finanzminister Wolfgang Schäuble mit unverändert 54 Prozent Zustimmung, gefolgt von Verteidigungsminister Thomas de Maizière mit 53 Prozent (+1) und Peer Steinbrück mit 52 Prozent (+1).



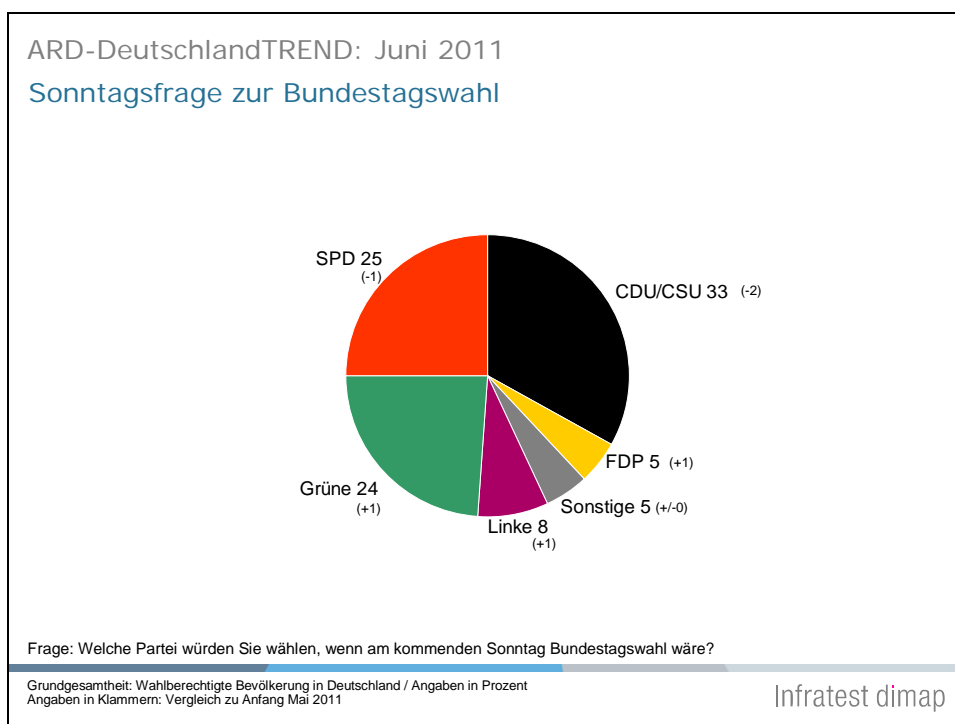
Angela Merkel verliert im Vergleich zum Vormonat leicht: Die Hälfte der Deutschen (50 Prozent, -2) äußert sich im Juni positiv zu ihrer politischen Arbeit. Vergleichbaren Zuspruch wie die Kabinettschefin erhält Umweltminister Norbert Röttgen (48 Prozent, +2). Er erreicht im Juni den bisher höchsten für ihn im DeutschlandTREND gemessenen Wert. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (47 Prozent, -4) verliert hingegen weiter an Ansehen.



Der Vorsitzende der Grünen-Fraktion Jürgen Trittin verliert im Vergleich zum Vormonat leicht: Vier von zehn (39 Prozent, -1) bewerten seine Arbeit wohlwollend, mehrheitlich wird er jedoch kritisch gesehen. Im unteren Drittel der in diesem Monat abgefragten Politiker finden sich sowohl die mit der EHEC-Epidemie beschäftigte Verbraucherministerin Ilse Aigner (33 Prozent) als auch SPD-Chef Sigmar Gabriel (30 Prozent, -4), die beide Rückhalt in der Bevölkerung verloren haben. Für Sigmar Gabriel ist dies der niedrigste Popularitätswert, der bisher im DeutschlandTREND gemessen wurde. Auch die liberalen Regierungsmitglieder bekommen durchweg mehr Kritik als Lob. Dies gilt sowohl für FDP-Wirtschaftsminister Philipp Rösler (30:39 Prozent) als auch für Außenminister Westerwelle (27:68). Die Arbeit von Gesundheitsminister Daniel Bahr findet ein geteiltes Echo (21:24), wobei sich mehr als die Hälfte der Deutschen noch kein Urteil über den erst seit wenigen Wochen amtierenden Bahr zu trauen. Der Fraktionsvorsitzende der Linken Gregor Gysi genießt bei den Bürgern weiterhin wenig Vertrauen (25 Prozent, -2).

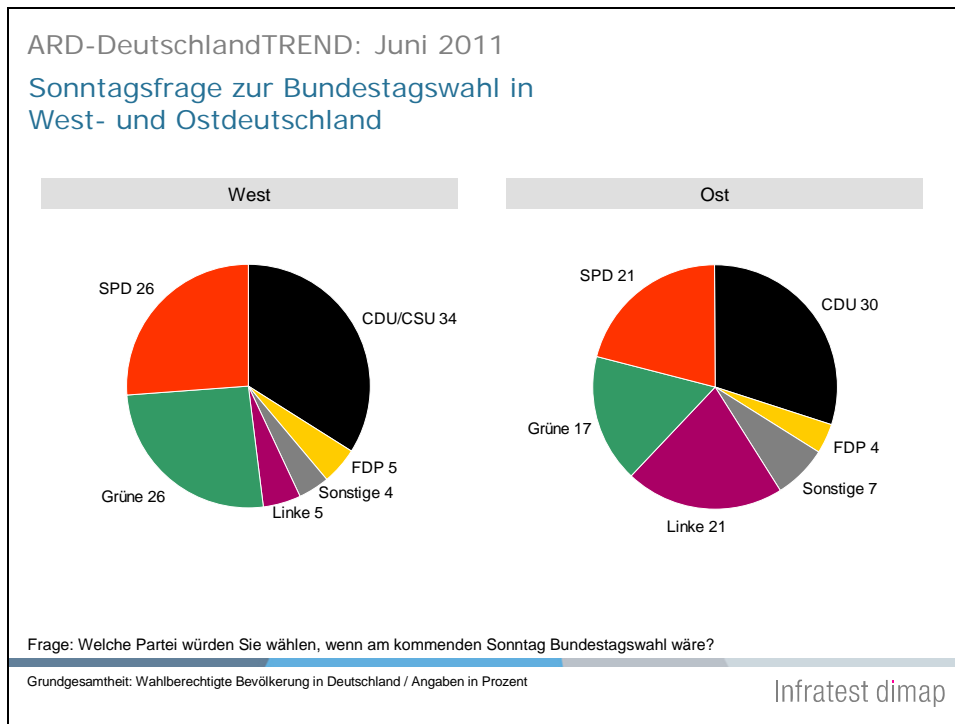
## Sonntagsfrage: Grüne auf Rekordhoch, Union verliert leicht

Die politische Stimmung ist angesichts einer von Atompolitik und EHEC dominierten Themenagenda weiterhin günstig für die Grünen. Sie können sich im Vergleich zum Vormonat um einen Punkt verbessern und erreichen mit 24 Prozent einen neuen Rekordwert. Die Union verliert 2 Punkte und käme aktuell auf 33 Prozent. Ihr Koalitionspartner FDP kann sich gegenüber Mai um einen Punkt verbessern und läge bei 5 Prozent. Auch die Linke legt einen Punkt zu und würde derzeit einen Stimmenanteil von 8 Prozent erreichen. Schwächer als im Vormonat ist die SPD, die momentan mit 25 Prozent (-1) der Wählerstimmen rechnen könnte. Die sonstigen Parteien kämen zusammen genommen unverändert auf 5 Prozent.



Wäre dies das Ergebnis eines Urnengangs, hätte Rot-Grün wie bereits in den Vorwochen eine Mehrheit. SPD und Grüne wären in dieser Konstellation nun nahezu gleich starke Partner.

In den *alten Bundesländern* erreicht die Union nach leichten Verlusten nur noch 34 Prozent wie zuletzt im April. Die SPD käme unverändert auf 26 Prozent, die Grünen gewinnen einen Punkt hinzu und könnten ebenfalls mit 26 Prozent der Stimmen rechnen. Sowohl FDP als auch Linke lägen mit einem Punkt Zugewinn bei jeweils 5 Prozent.



In den *neuen Bundesländern* verliert die CDU ebenfalls und käme aktuell auf 30 Prozent. Koalitionspartner FDP kann hier leicht zulegen, bliebe aber mit 4 Prozent weiterhin unter der 5-Prozent-Marke. Die Linke kann sich im Vergleich zum Vormonat verbessern und käme auf 21 Prozent. Weil zugleich die Sozialdemokraten stark verlieren, liegen beide Parteien nun gleichauf. Dank Zugewinnen würden die Grünen einen Stimmenanteil von 17 Prozent erreichen.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler immer kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.